

NICARAGUA ZEITUNG

September 2003



Was hat der IWF mit der Bildungsmisere in Nicaragua zu tun?

Seit 1990 - dem Ende der sandinistischen Regierung - befindet sich das nicaraguanische Bildungssystem in einem Umwandlungsprozess, der dazu führt, dass die Bildung wieder zu einem Privileg einiger weniger wird. An den Errungenschaften der Sandinistischen Revolution, die inzwischen Geschichte sind, müssen die Fortschritte und Rückschritte in der jetzigen Gesellschaft gemessen werden.

Neben der Gesundheitsversorgung für alle und der Landverteilung war der Aufbau eines flächendeckenden und kostenlosen Bildungswesens ein ganz wichtiger Aspekt der Revolution. Der gesamten Bevölkerung sollte freier Zugang zur Bildung verschafft werden: Durch den Ausbau der Vorschulen, der Grund- und weiterführenden Schulen, der Universitäten und polytechnischen Schulen, der Lehrerausbildung, aber auch oder vor allem durch eine beispiellose "Alphabetisierungskampagne". Bildung wurde als wichtigste Grundlage der Entwicklung eines 'Entwicklungslandes' angesehen. Das ist seit 1990 anders.

Der Prozeß der Umgestaltung des Bildungswesen

Die konservativ-liberalen Regierungen wollten das Bildungssystem 'entpolitisieren' und entsprechend der neoliberalen Wirtschaftslehre setzte man auch im Bildungswesen auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Das bedeutet Rückzug des Staates aus der Verantwortung.

Die Schuldenkrise und in deren Folge vor allem die Auflagen der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank verschärften die Situation in Nicaragua: Zu den sogenannten 'Strukturanpassungen' (die Bedingungen für Kreditvergaben sind), gehört auch die Stabilisierung der Staatsfinanzen, die durch Personalentlassungen im öffentlichen Dienst, Kürzungen im Sozialbudget (u.a. bei Bildungs- und Gesundheitsaufgaben) und Erhöhung der Preise für öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Energie und Transport) erreicht werden sollen.

Obwohl schon seit Ende der 80iger Jahre anerkannt ist, dass als Folge der Strukturanpassung kompensations-

Nicaragua
Verein
Hamburg

www.nicaragua-verein.de

torische Maßnahmen auch im Bildungswesen zur Armutsmilderung notwendig sind, wird in Nicaragua bis heute die Umgestaltung des Bildungswesens zugunsten einer Entlastung des Staatshaushaltes fortgetrieben.

Autonomie des Schulwesens

Der Rückzug der Regierung aus der Verantwortung für die Bildung findet unter verschiedenen Aspekten statt. Organisatorischer Kernpunkt ist die 'Privatisierung', d. h. Abwälzung der Kosten auf andere Träger. Schlagworte der Umgestaltung sind die 'schulische Autonomie' und die 'Partizipation' der Eltern am Bildungsprozeß. Beide Begriffe erscheinen zunächst positiv, vermutet man doch eigenverantwortliche Entscheidungen der einzelnen Schulen über den Umgang mit Mitteln und Bildungsinhalten. Dahinter verbergen sich aber nichts anderes als Sparmaßnahmen. Real bedeutet '**Autonomie des Schulwesens**', dass die Regierung Nicaraguas kaum noch Mittel für Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellt. Die Zuweisungen des Erziehungsministeriums decken gerade ein viel zu niedriges Grundgehalt der LehrerInnen. Mittel für den Erhalt der Gebäude, die Kosten für Strom und Wasser, für Lehr- und Lernmittel müssen die Schulen selbst erwirtschaften, d.h. von den



Es mangelt an allem ... Hier gibt es zu wenig Klassenräume - der Unterricht findet im Freien statt

Eltern einfordern. So mangelt es an allem - an LehrerInnen, Schulen, Klassenräumen, sogar am einfachsten wie an Stühlen oder Kreide. Heutzutage sind 80 % aller Schulen Privatschulen. 2005 soll die 'Autonomie' abgeschlossen sein - dann sind alle Schulen in irgendeiner Form Privatschulen. Auch der Begriff der '**Partizipation**' bezieht sich nicht auf Mitgestaltung von Bildungsinhalten, Zielen oder ähnlichem, die Lehrpläne werden immer noch vom Erziehungsministerium festgelegt. Wie weit Eltern in die inhaltliche Ausgestaltung des Bildungsprozesses eingebunden werden können bleibt unklar. Allerdings sollen sie finanziell partizipieren: Auf Anraten von IWF und Weltbank wurden "Benutzerbeiträge" zur Finanzierung der Kosten eingeführt, die nach Regierungsterminologie 'freiwillige' Beiträge der Eltern sind.

Zur Situation in den Schulen

Bernarda López berichtete auf unserer Veranstaltung: **Was hat der IWF mit der Bildungsmisere in Nicaragua zu tun?** dass durch wachsende Armut und die Sparpolitik im Bildungswesen von 2,5 Mill. schulpflichtigen Kindern heute schon 800.000 Kinder keine Bildungseinrichtungen mehr besuchen können. Von 100 eingeschulten Kindern beenden nur 29 die Grundschule, 4 erreichen die Hochschulreife und 2 beenden das Studium. Die Analphabetenrate liegt wieder bei 40 %. Verlierer sind die Kinder der vielen armen Familien und besonders kraß ist die Situation auf dem Land. Der größte Teil der Bevölkerung wird also in Zukunft ohne (Aus-) Bildung bleiben. Die Verschlechterung der psychischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungschancen der Kinder wird viele gesellschaftliche Auswirkungen haben. Letztlich werden sich die Entwicklungschancen Nicaraguas und die Lage der gesamten Bevölkerung



Bernarda Lopez spricht zur Bildungsmisere in Nicaragua, Karin Uhlenhaut übersetzt

verschlechtern. Schlecht ausgebildete Menschen sind leichter manipulierbar; das wird den Demokratisierungsprozess der nicaraguanischen Gesellschaft gefährden.

Zur Situation der LehrerInnen

Weitere Verlierer sind aber auch die Lehrkräfte. Bei einem wörtlich zu nehmenden 'Hungerlohn' von 65 \$ im Monat - der Grundwarenkorb beträgt inzwischen 350 \$ - können sie kaum ihre Familien ernähren. Viele sind gezwungen, in 2 bis 3 Jobs zu arbeiten. Bernarda berichtete, dass einige an 2 verschiedenen Schulen in unterschiedlichen Schichten arbeiten, die große Mehrheit habe aber andere Nebenjobs wie Wäsche waschen, irgendwelche Sachen verkaufen, einen kleinen Laden zu Hause... Das hat natürlich Auswirkungen - auf die Psyche, die Unterrichtsgestaltung, die Gesundheit, die Familie. Die schwierigen Arbeitsbedingungen in der Schule kommen hinzu: Durchschnittlich 60 SchülerInnen pro Klasse, zu kleine Klassenräume oder gar keine, keine Zeit zur Vorbereitung, von Fortbildungen ganz zu schweigen.

So sinken immer mehr die Lebensqualität der LehrerInnen und die Qualität der Bildung insgesamt. Es ist nicht verwunderlich, wenn nach einer Umfrage der Lehrgewerkschaft ANDEN Anfang dieses Jahres 61 % der befragten LehrerInnen sagten, dass sie ernsthaft darüber nachdenken, eine andere Arbeit zu suchen. Im letzten Jahr gab es noch das Argument, dass zumindest der Arbeitsplatz sicher sei. Mit den neuen Trägern der 'autonomen Schulen' sollen jetzt jedoch

neue Verträge abgeschlossen werden. ANDEN rät davon ab – damit würden alle erworbenen Rechte zunichte und außerdem gäbe es nur noch Zeitverträge für 1 Jahr. Ziel dieser Flexibilisierung sei, den Vorgaben von IWF und Weltbank (Senkung der Beschäftigtenzahlen und Reduzierung der Kosten im öffentlichen Sektor) leichter nachkommen zu können.

Als Beispiel für die geringe Wertschätzung des Bildungswesens und der Arbeit der Lehrkräfte noch eine Anmerkung von Bernarda Lopez: In Gesprächen mit Parlamentariern aller Parteien wurde ein Vorschlag zur Erhöhung des Bildungsetats einschließlich einer Lohnerhöhung erarbeitet. IWF und Weltbank haben diesen erhöhten Staatshaushalt nicht genehmigt, ihre Strukturanpassungsprogramme verbieten eine Erhöhung der Staatsausgaben. Zynisches Argument: Die Mehrheit der Bevölkerung lebe von 1 Dollar pro Tag, die Lehrer haben ja schon 2 Dollar, das sei immerhin das Doppelte.

Nun wurde am 15. Juli eine Großdemonstration veranstaltet. 5.000 LehrerInnen nahmen teil – trotz Drohungen und Nichtbezahlung des Gehalts. Am 15. Oktober wird

erneut über den Staatshaushalt verhandelt. Auch das soll von einer Großdemonstration begleitet werden. Wird sich auch dann nichts ändern, ist die Mehrheit der LehrerInnen zum Generalstreik bereit. Zu verlieren haben sie nicht mehr viel.



... 1 'marodes' Spielgerät für ca. 500 SchülerInnen

Kein Konzept im Bildungsbereich

Im Grunde gibt es kein Konzept im Bildungsbereich, resümiert Bernarda Lopez verbittert. Das, was die Parlamentarier in erster Linie interessieren, sind ihre politischen Diskussionen. Und wenn dabei einmal das Thema Bildung gestreift werde, dann gehe es eigentlich nur darum, dass Bildung als Ware verstanden wird und nicht mehr als Menschenrecht. Die ganze Privatisierung macht das deutlich: Bildung wird nicht mehr als gesellschaftliche Verpflichtung verstanden, sondern wird zur individuellen Herausforderung an die Familien der SchülerInnen und zum anderen zur Einnahmequelle für private Bildungseinrichtungen. Im Vordergrund steht der wirtschaftliche Aspekt.

Den Ankündigungen der Bolaños-Regierung, dass sie eine breitflächige Alphabetisierungskampagne plane und dass auf wundersame Weise die "Lehrer vervielfältigt" werden sollen, kann man kaum Glauben schenken. Wie das ohne Erhöhung des Bildungsetats und ohne Anhebung der Lehrergehälter gelingen soll, verschweigt er noch.

Ein Beispiel für verzweifelte Rettungsversuche wäre vielleicht das von der Weltbank unterstützte APRENDE-Programm zum Ausbau der kommunalen Vorschulen. Nachdem der Staat sozusagen die Vorschulerziehung abgeschafft hat, wird diese wichtige Arbeit jetzt von freiwillig arbeitenden Müttern geleistet, die dafür keine Ausbildung und häufig auch nur einen geringen Bildungsstand haben. Subventioniert wird dieses Notprogramm von der Weltbank mit 10 \$

pro Monat und als erfolgreiches Bildungsprogramm verkauft.

In einer zweiten Stufe sollen die Eltern die Vorschulen übernehmen! Das Ziel scheint nach José Zepeda, Vorsitzender von ANDEN, eine minimale Bildung zu sein, die "ausreicht, um in den Maquilas den Arbeitsvertrag unterschreiben zu können und die notwendigsten Anweisungen zu verstehen"

Gerda Palmer und
Detlef de Cuveland

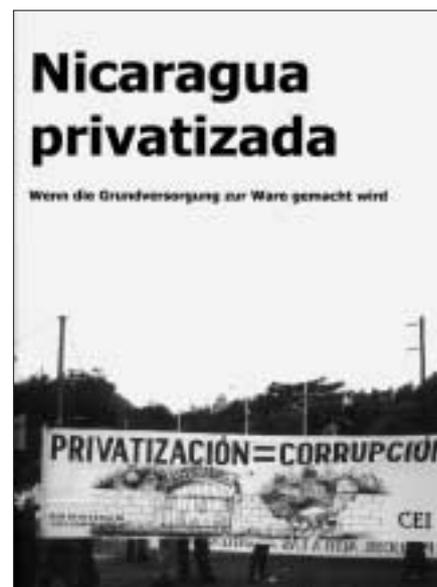
Quellen: Veranstaltungen von Bernarda Lopez bei ihrem Hamburgbesuch, 'Educación no es popular' aus *Nicaragua privatizada*, 2003, S.28 - 31

Verfassung der Republik Nicaragua von 1987 mit den Reformen von 1995 (letzte Änderung: Jan. 2002)

Artikel 105: Aussagen zur Bildung: ... Die Leistungen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sind elementare Aufgaben des Staates; er ist verpflichtet, sie ausnahmslos jedem zur Verfügung zu stellen, sie zu verbessern und auszuweiten. Die Einrichtungen und Infrastruktur der oben genannten Leistungen sind Eigentum des Staates und können unter keinen Umständen veräußert werden.

... Die staatlichen Leistungen Gesundheit und Bildung müssen ausgeweitet und intensiviert werden. Das Recht auf Eröffnung privater Dienste in den Bereichen Gesundheit und Bildung wird garantiert.

Es ist Aufgabe des Staates, die Kontrolle der Qualität der Güter und der Dienstleistungen zu garantieren ...



Diese lesenswerte Broschüre ist im Nicaragua Verein für 3.-€ erhältlich. Infos: www.nica.open-lab.org

Besuch aus León

Umfangreiches Arbeitsprogramm für Bernarda Lopez in Hamburg und anderswo



Bernarda im Büro des Nicaragua Vereins
- hier mit Matthias Schindler

Im Juni dieses Jahres hatten wir Besuch aus León: Bernarda Lopez, Lehrerin in León, seit Jahren Kontaktperson für den Nicaragua Verein und die GEW-Mittelamerikagruppe in Sachen Bildung, Schulwesen und Container, Koordinatorin der Schulpartnerschaften auf Leóner Seite, Vorsitzende der Lehrgewerkschaft ANDEN León, Mutter zweier Töchter im 'Studialter'

Sie war eingeladen zur Bereicherung und Belebung der Schulpartnerschaften, auch zum Kennenlernen der Schüler und Lehrer hier mit den hiesigen Problemen, Wünschen und Interessen.

Sie hatte ein volles Programm: Schulbesuche, Diskussionen mit Schülergruppen, verschiedene Veranstaltungen zum Thema Bildung in Nicaragua. Sie nahm an allen Packterminen für den 18. Container teil, an Sitzungen des Nicaragua Vereins und der GEW-Mittelamerikagruppe, sie führte Gespräche mit dem General Honorarkonsul Nicaraguas, Horst Gobrecht, mit Stephanie Odenwald, der Vorsitzenden der GEW Hamburg, mit VertreterInnen des Referats Internationales des GEW-Hauptvorstandes in Frankfurt. Sie war eingeladen zu Veranstaltungen in Heidelberg und Jena und schließlich stellte sie die Situation ihres Landes vor internationalem Publikum auf dem "4. Europäischen Kongreß für Friedenserziehung" im Curio-Haus in Hamburg vor.

sondern bei den jungen Leuten das Bewußtsein für die Probleme der 'einen Welt' schärfen. Sie sprach die SchülerInnen an als die Verantwortlichen von morgen, die hier in Europa auf ihre Regierungen einwirken könnten für eine gerechtere Weltordnung.

- In ihrer zentralen Veranstaltung in der W 3 berichtete sie über die aktuelle Bildungssituation, beschrieb die Auswirkungen der nicaraguanischen Bildungspolitik – im Kontext von Globalisierung und IWF- und Weltbankpolitik.
- Bei den Gewerkschaftsbesuchen waren die gewerkschaftlichen Themen wichtiger. Der Organisationsgrad bei ANDEN beträgt 62 %. Es wird mobilisiert für einen Streik wegen der niedrigen Lehrergehälter, die mit großem Abstand die niedrigsten in Mittelamerika sind. Bernarda berichtete über die Zusammenarbeit der Zentralamerikanischen Gewerkschaften, die wegen der In-

tegrationsprozesse und wegen gleicher Bedingungen im Bildungswesen immer wichtiger wird.

- In Heidelberg und Jena war interessant – jenseits des Hamburger Tellerrandes - etwas mehr von der dortigen Solidaritätsarbeit zu erfahren und natürlich auch ein wenig mehr von Deutschland zu sehen.

Fazit: Der Besuch hat sich gelohnt. In Hamburg ist das Thema 'Schulen in León' wieder greifbarer geworden, deutlicher, wie wichtig solche Partnerschaften für beide Seiten sind. Einige Partnerschulen gehen mit neuem Elan in das nächste Schuljahr, es gibt auch Interesse an neuen Partnerschaften.

Bernarda wiederum hat über die Situation in Hamburg viel erfahren – überall wurde über das neue Lehrerarbeitszeitmodell und Maßnahmen dagegen diskutiert. Sie hat erfahren, dass auch hier die Bildung immer abhängiger vom Staatshaushalt wird, dass sich die Arbeits- und Lernbedingungen für Lehrer und Schüler verschlechtern. Die Richtung der Bildungspolitik ist in beiden so unterschiedlichen Ländern letztendlich gleich, nur die Intensität und existentielle Bedrohung ist eine andere. Das gegenseitige Kennenlernen konnte Kommunikationsprobleme verständlicher machen, manchmal auch ausräumen, relativierte die gegenseitigen Sichtweisen.....Dank auf beiden Seiten ...

Gerda Palmer



Diskussion mit Schülern in Jena

Spanisches Unternehmen bestimmt den Strompreis in Nicaragua

In Nicaragua haben in den ländlichen Räumen weniger als 40 % (in manchen Gegenden weniger als 20 %) der Bevölkerung Stromanschlüsse. Arme Menschen können sich Strom nicht mehr leisten. Eine einfache Familie muß einen durchschnittlichen Betrag von 8 Dollar im Monat für Strom zahlen (ein Lehrer z.B. verdient ca. 65 Dollar im Monat).

Nach Einschätzung von Experten verfügt Nicaragua über genug Naturressourcen, um Elektroenergie zu erzeugen. Damit könnte man nicht nur den Strombedarf des Landes decken, sondern auch Energie in andere mittelamerikanische Länder exportieren. Schon in den 80iger Jahren wurde Strom aus Vulkanen gewonnen, also ein geothermisches Kraftwerk betrieben. Leider drohte dieses Projekt zu scheitern, da vor allem die letzten 3 Regierungen wenig Wert auf die Förderung alternativer Energien gelegt haben. Die Wartungsarbeiten wurden vernachlässigt, so dass dieses Kraftwerk, das lange das modernste war, inzwischen auch zu den veralteten Kraftwerken und zu den privatisierten Betrieben Nicaraguas gehört.

Von insgesamt 9 Kraftwerken wurden 6 Öl-Kraftwerke in den letzten 7 Jahren privatisiert. Die seitdem ständig steigenden Strompreise begründet die spanische Firma UNION FENOSA mit steigenden Erdölpreisen und anfallenden Wartungs- und Reparaturkosten. Auf der anderen Seite wird behauptet, dass die nicaraguanische Regierung der Firma UNION FENOSA Geld für Reparatur und Wartungsarbeiten zahlt, um einen besseren Service für die Bevölkerung zu erreichen. In der Praxis passiert das Gegenteil: Es wird Verbrauch berechnet z.B. für Straßenbeleuch-

tung auch dort, wo es gar keine Straßenlaternen gibt bzw. Strom in Rechnung gestellt, wo keiner verbraucht wurde. Wehrt sich die Bevölkerung dagegen, erklärt UNION FENOSA dass der Stromzähler defekt sei und deswegen eine Schätzung des Verbrauchs gemacht werden musste.



Die Verbraucherschutzorganisation "Red Nacional del Consumidor" organisiert den Protest gegen die überhöhten Strompreise

Neuerdings droht UNION FENOSA, die Tarife weiter anzuheben und übt Druck auf die Alcaldías (Stadtverwaltungen) aus, damit diese das Geld für die Straßenbeleuchtung eintreiben. Eine der Alcaldías, die sich dagegen wehrte, war die Leóner Stadtverwaltung. Der Leóner Bürgermeister protestierte gegen diese Maßnahme von UNION FENOSA und nahm an Demonstrationen in León auf der Seite der Betroffenen teil. Das vor ca. 3 Jahren gegründete **Red Nacional del Consumidor** (im folgenden: Red Nacional), eine Verbraucherschutzorganisation, organisierte fast jeden Tag Protestaktionen, konnte verhindern, dass Strom abgestellt wurde und überhöhte Stromrechnungen bezahlt werden mussten. Auch die meisten Parlamentsabgeordneten sprachen sich gegen die Maßnahmen der UNION FENOSA aus und verabschiedeten eine Resolution gegen diese Firma. Die Parlamentarier verlangen von der Regierung, den

Vertrag mit UNION FENOSA zu kündigen, wenn die bestehenden Maßnahmen gegen die Bevölkerung nicht einstellt werden.

Energieversorgungsprobleme, die Politik von UNION FENOSA und immer kürzer werdende Regenzeiten zwingen vor allem landwirtschaftliche Produzenten, Alternativen zu suchen. Die Bedingungen in Nicaragua sind optimal, um Solartechnik zu nutzen. Zum Beispiel können die Produzenten mit solargestützter Pumpentechnik zur Bewässerung der Felder bis zu vier Mal im Jahr ernten. Viele NGO's (Nichtregierungsorganisationen) unterstützen Solarprojekte. Viele Gemeinden bzw. landwirtschaftliche Kooperativen nutzen diese Technik schon, da sie langfristig rentabel, effizient und umweltfreundlich ist. Einige Krankenstationen im ländlichen Bereich sind mit Solaranlagen

elektrifiziert zur Kühlung von Medikamenten, Schulen haben Solarbeleuchtung, um z.B. Programme für die Erwachsenenbildung abends durchführen zu können.

Die Durchsetzung alternativer Energien scheint ein langwieriger und schwieriger Prozess zu sein. Zu hoffen bleibt, dass die nicaraguanische Regierung den politischen Willen hat, Projekte zu fördern und dass finanzielle Unterstützung aus dem Ausland kommt, da solche Anlagen immer noch sehr teuer sind. Durch die aktive Arbeit von Basisorganisationen wie z.B. des Red Nacional könnten nicht nur Solarprojekte verwirklicht, sondern auch die Nutzung von Wind- und Wasserkraft oder Geothermik angeregt werden. Nicaragua verfügt über ein großes Potential.

José Benito Rodríguez

In mehreren Ausgaben unserer Zeitung haben wir über den Europäischen Freiwilligendienst (EFD) berichtet. Die vom Nicaragua Verein ausgewählten Bewerberinnen werden in León für ein Jahr im Straßenkinderprojekt 'Las Tías' arbeiten.

'Unsere drei Freiwilligen' stellen sich vor

Mein Name ist **Imke Wieters** und ich bin 20 Jahre alt.

Ich wohne seit etwa einem Jahr in Hamburg und habe, bevor ich mich für einen Europäischen Freiwilligendienst (EFD) beworben habe, noch keinen Kontakt mit dem Nicaragua Verein gehabt. Ich bin in Celle zur Schule gegangen und habe im vergangenen Jahr meinen Abschluss gemacht. Eine Zeitlang habe ich in Amsterdam gewohnt, danach bin ich nach Hamburg gekommen. Hier habe ich diverse Praktika gemacht und gearbeitet. Zum größten Teil habe ich in Behindertenwohngruppen ausgeholfen.

Im Frühjahr dieses Jahres habe ich mich für den EFD bei den "Tías" in León beworben. Ich hatte schon seit einiger Zeit vor, nach Lateinamerika zu gehen - mit der Zusage wurden diese Pläne dann konkret.

Während meiner Schulzeit in Celle habe ich viel Zeit in einem soziokulturellen Zentrum verbracht und dort auch einige Projekte und Veranstaltungen zum Thema Lateinamerika mitorganisiert. Speziell mit Kindern habe ich jedoch, außer dass ich eine Fechtkindergruppe angeleitet habe, noch nicht so viel gearbeitet - was das Projekt "Las Tías" erst einmal zu einer ziemlichen Herausforderung macht.

An dem Projekt an sich reizte mich vor allen Dingen, dass wir als Freiwillige etwas mehr als nur einen oberflächlichen Eindruck in die Arbeit und in die Lebenssituation verschiedener Menschen Nicaraguas bekommen können. Ich bin mir sicher, dass ich auch durch einen Aufenthalt von einem Jahr immer

noch eine Sonderstellung haben werde, als Europäerin, die es sich leisten kann für ein Jahr zu kommen und dann wieder zu gehen - doch erhoffe ich mir trotzdem durch den Zeitraum in gewisser Weise Fuss fassen zu können und mich nicht nur als Touristin zu fühlen bzw. so wahrgenommen zu werden.

Was es konkret bedeutet, mit Straßenkindern zu arbeiten, kann ich mir bis zum Zeitpunkt meiner Abreise nicht vollständig klar ma-

punkt einfach wahnsinnig gespannt auf das, was mich erwartet.

Hallo, ich bin **Levke Schulz**. Ich habe das Glück, einen Europäischen Freiwilligen Dienst in León für ein Jahr machen zu können. Ich bin 19 Jahre alt und habe dieses Jahr mein Abitur gemacht.

Eigentlich wusste ich schon relativ früh, dass ich in einem Straßenkinderprojekt arbeiten möchte. Ich bin seit meinem 11. Lebensjahr

beim CISV (Children International Summer Villages), eine internationale Jugendorganisation, die durch Camps und Austausch versucht, Vorurteile abzubauen und Kontakte zu knüpfen. Als ich 11 war, fuhr ich in ein Camp nach Guatemala für 4 Wochen, dort kam ich das 1. Mal in Kontakt mit Straßenkindern und ich sah, wie schlecht es diesen Kindern geht und wie schlecht sie behandelt wurden. Damals konnte ich das alles nicht verstehen.



Inzwischen sind die drei "Freiwilligen" Imke, Levke und Sarah (v.l.n.r.) alle gut in León angekommen

chen. Auch wenn wir durch den Verein mit reichlich Informationen versorgt wurden und zahlreiche Vorbereitungstreffen mit Patricia hatten (Vielen Dank, besonders für den unermüdlichen Einsatz in der Auseinandersetzung mit verqueren Behörden und „ganz bestimmt nicht zuständigen“ Dienststellen!), sind meine Vorstellungen reichlich offen. Da es meiner Erfahrung nach aber gerade eben diese Vorstellungen sind, die im Endeffekt gar nicht zutreffen bzw. die durch irgendwelche unvorhersehbaren Situationen oder Ereignisse, die auf einen zurollen, komplett irrelevant werden - bin ich zu diesem Zeit-

Einige Jahre später machte ich einen Austausch mit Brasilien und meine Gastfamilie war sehr offen und erzählte viel von den Problemen als Entwicklungsland, von der Armut, der Korruption und und und. Auf Straßenkinder traf ich dort erneut und ich verglich mich mit ihnen, welche Möglichkeiten ich hatte und welche sie. Mir stehen fast alle Möglichkeiten offen und bei mir geht es nicht ums Überleben - bei ihnen ist es anders.

Danach interessierte ich mich sehr für dieses Thema und ich wollte unbedingt etwas dazu unternehmen. Dadurch, dass ich sozusagen

das Glück hatte, in Deutschland und auch noch in eine tolle Familie geboren zu werden und mir sozusagen alle Türen offen stehen, sehe ich es als meine eigene Verpflichtung an, einigen dieser benachteiligten Kinder zu helfen.

Außerdem macht mir Arbeit mit Kindern bzw. Jugendlichen sehr viel Spaß, ich mache nun schon seit mehreren Jahren Jugendbetreuung beim CISV. Diesen Sommer habe ich einen Austausch nach Brasilien begleitet. Auch wenn es oft stressig war, ist es das schönste, wenn man merkt, dass die Kinder einem vertrauen. Besonders wenn sie hinterher zu einem kommen und sich für die schöne Zeit bedanken.

Ich hoffe, dass ich die „Tias“ sinnvoll unterstützen und den Kindern helfen oder ihnen einfach nur eine Freude bereiten kann. In zwei Tagen fliege ich schon und langsam werde ich nervös, aber ich freue mich sehr auf die vielfältigen Aufgaben in Leon.

Sarah Drecoll, 20 Jahre alt

Noch drei Tage – und ich werde mit schwerem Gepäck, unausgeschlafen, mit tausend Ängsten und Erwartungen von meiner Familie und meinen Freunden am Hamburger Flughafen Abschied nehmen und den zweiten großen Trip in meinem Leben beginnen.

17 Stunden bis Managua, Nicaragua. Und dann ein ganzes Jahr

dort. Warum mache ich das, warum so lange, warum so weit, warum ausgerechnet Nicaragua? Das sind die Fragen, die ich von meinen Leuten zu hören bekomme und das sind auch die Fragen, die ich mir ab und zu auch selbst gestellt habe.

Meine Entscheidung, ein Jahr in einem Entwicklungsland zu arbeiten, ist nicht das Ergebnis einer langen reiflichen Überlegung. Anfangs war mir nur klar, dass ich nach dem Abitur nicht gleich studieren wollte. Gern wollte ich wieder ins Ausland, natürlich am liebsten nach Neuseeland, um all meine Freunde, die ich in meinem Austauschjahr 2000 kennen gelernt hatte, wieder zu sehen. Oder nach Lateinamerika, um Luis, meinen venezolanischen Gastbruder aus der Neuseeland-Zeit zu treffen. Vielleicht war es auch nur ein allgemeines Fernweh, weil ich mich damals mit den vielen Jugendlichen aus allen Nationen so wohl gefühlt hatte.

Deshalb ist mir auch klar, dass mein künftiger Beruf mir die Möglichkeit geben muss, im Ausland zu leben und zu arbeiten. Welche Arbeit das genau sein wird, weiß ich aber nicht. Am liebsten würde ich im Tourismus arbeiten und helfen, eine touristische Infrastruktur in Entwicklungsländern aufzubauen, die auch der Bevölkerung in diesen Staaten zugute kommt. Sehr gut könnte ich mir auch eine soziale oder organisatorische Arbeit im Entwicklungsdienst vorstellen. Ich

habe mich für die Probleme der Entwicklungsländer immer sehr interessiert, was ich auch meinem Lehrer im Leistungskurs Erdkunde zu verdanken habe.

Als ich dann in meiner Schule von den EFD-Plätzen beim Nicaragua-Verein erfuhr, wurde ich sofort hellhörig. Die Möglichkeit, wieder ins Ausland zu kommen und gleichzeitig etwas für meine Ausbildung zu tun, haben mich ebenso fasziniert wie die Chance, ganz praktisch mit den Menschen in einem Entwicklungsland zu leben und zu arbeiten. Ich gebe zu, dass mich die lange Dauer zunächst etwas abgeschreckt hat. Andererseits weiß ich aus Neuseeland, dass es Zeit braucht, sich in einem neuen Land zu orientieren, eine Sprache zu erlernen und Freunde zu finden.

Also habe ich mich beim Nicaragua-Verein um einen der beiden EFD-Plätze beworben. Imke und Levke haben die Plätze bekommen, aber meine Begeisterung für dieses Projekt war inzwischen so groß, dass ich dem Nicaragua-Verein angeboten habe, auf eigene Kosten daran teilzunehmen. Nun fahren wir also zu dritt. Die gemeinsame, wirklich sehr gute Vorbereitung durch den Nicaragua-Verein haben mir alle Bedenken gegen diesen aufregenden Schritt in meinem nächsten Lebensabschnitt genommen. Ich weiß jetzt, dass ich eine erfüllte, aufregende und schöne Zeit in Nicaragua vor mir habe.

Es wird zur Tradition:

Der Informations- und Verkaufstand des Nicaragua Vereins auf dem **Melhfest**. Das Interesse war groß und wegen des guten Wetters der Verkauf nicht schlecht. 550 € Erlös sollen für das Projekt ‚Las Tías‘ verwendet werden.



Die 2-Jahresvereinbarung zwischen Hamburg und León – 'Convenio' genannt - wurde im Februar von Staatsrat Stuth in León unterschrieben. Das hatten wir in unserer vorletzten Ausgabe kurz gemeldet und hatten versprochen, ausführlicher darüber zu berichten.

Wir hätten gern ein Interview geführt, das war offenbar aus Zeitmangel nicht möglich, Herr Stuth entschuldigt sich dafür. Er wollte unsere Fragen jedoch selbst beantworten und schickte deshalb folgenden Artikel zum 'Convenio 2003/2004'

Wirtschaftsentwicklung: Ein neuer Akzent in der Zusammenarbeit zwischen Hamburg und León

Die Städte Hamburg und León verbindet eine lange freundschaftliche Beziehung, die von vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten des Atlantiks getragen wird.

Seit 1989 arbeiten zudem der Senat der Freien und Hansestadt und die Stadtverwaltung in León intensiv im Rahmen ihrer Städtepartnerschaft zusammen. In der Partnerschaft bekennen sich beide Seiten ausdrücklich zu den Prinzipien der Kommunalen Agenda 21, die 1992 auf der UN-Weltkonferenz in Rio de Janeiro verabschiedet und in der Nachfolgekonzferenz 2002 in Johannesburg bekräftigt worden ist.

Der „Convenio“ 2003/2004

Fester Bestandteil dieser für beide Seiten fruchtbaren Zusammenarbeit ist ein „Convenio“, der alle zwei Jahre neu zwischen den Regierungen in Hamburg und León ausgehandelt wird.

Im Februar dieses Jahres ist der „Convenio“ für die Jahre 2003/2004 unterzeichnet worden. In ihm haben der Bürgermeister von León, Denis Pérez Ayerdis, und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg die Durchführung von 15 projektbezogenen Einzelmaßnahmen beschlossen. Es ist vorgesehen, dafür über 320.000 € zur Verfügung zu stellen.

Wir haben uns für die nächsten zwei Jahre viel vorgenommen. Durch eine Reihe von Projekten, wie z. B. durch die Sanierung des Marktes 'Santos Bárcenas' oder die Stärkung und Beratung landwirtschaftlicher Kleinproduzenten, fördern wir die Wirtschaftsentwicklung in León. Ein weiteres Kooperationsfeld, in dem wir Projekte vereinbart haben, ist die Erziehungs- und Jugendarbeit. Darüber hinaus

wird durch ein Elektrifizierungsprojekt ein Teil der ländlichen Bevölkerung Leóns an das städtische Leitungsnetz angeschlossen. Schließlich haben wir auch projektbezogene Zusammenarbeit im Umweltbereich vereinbart.



Einen stärkeren Akzent haben wir für die nächsten zwei Jahre auf die Förderung von lokalen Wirtschaftsstrukturen gesetzt. Hierzu gehört auch Beratung der Zielgruppen durch qualifizierte Leóner und Hamburger Fachkräfte, insbesondere unter Mithilfe der Handwerkskammer Hamburg!

Projektauswahl, -durchführung und -controlling.

Die Stadtverwaltung in León auf der einen Seite und die Senatskanzlei in Hamburg auf der anderen Seite werden die Projekte koordinieren und die Durchführung der Projekte begleiten.

Die einzelnen Projekte werden – wie im übrigen bereits in der Vergangenheit auch – durch kompetente in Hamburg und León ansässige nicht staatliche Organisatio-

nen durchgeführt. Bei der Auswahl der verantwortlichen Projektträger wird neben ihrer ausgewiesenen jeweils projektrelevanten Kompetenz ihr Grad der Vernetzung zu Partnerorganisationen in León ein entscheidendes Kriterium sein.

Bei der Vergabe von öffentlichen Finanzmitteln sind gesetzliche Vorgaben zu beachten. Jeder Projektantrag muss daraufhin geprüft werden, ob das angegebene Ziel mit den vorhandenen Ressourcen erreicht werden kann und ob eine seriöse Finanzplanung vorliegt.

Die meisten Projekte, die für dieses Jahr geplant waren, befinden sich bereits in der Durchführung. Wir liegen gut im Zeitplan.

Entsandter Langzeitexperte vor Ort

Als Partnerstadt von León ist Hamburg sehr daran interessiert, dass möglichst bald eine geeignete Person die Koordinierungstätigkeit in León fortführt und für mehrere Jahre ausübt.

Diese Person soll eng mit der Stadtverwaltung von León und dem Hamburger Senat zusammenarbeiten und auch das Vertrauen der Nichtregierungsorganisationen genießen. Die erfolgreiche Arbeit von Herrn Borstelmann hat gezeigt, dass es von großem Vorteil ist, wenn der Koordinator aus eigener Erfahrung die Strukturen und Abläufe der Hamburger Verwaltung kennt.

Angesichts der solide fundierten Zusammenarbeit der beiden Seiten bin ich zuversichtlich, dass wir zu einer überzeugenden Lösung in der Koordinatorenfrage kommen werden.

*Reinhard Stuth
Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund,
Europabeauftragter des Senats,
Auswärtige Angelegenheiten u.
Entwicklungspolitik.*

NICARAGUA KOORDINATIONS KREIS

Wechsel im Nicaragua Koordinationskreis

Auf seiner Sitzung vom 27. Mai 2003 hat der Nicaragua Koordinationskreis sich einmütig ein neues Sprecherteam gegeben: Dirk Flegel (Nicaragua Verein), Heidrun Hermann (Freundeskreis Nicaragua) und Renate Kuhlman-Wetter (Weltweite Partnerschaft). Damit wird ein über einjähriger Diskussionsprozess zum formalen Abschluss gebracht. Auf einem Wochenendseminar im Januar dieses Jahres wurden die entscheidenden Weichenstellungen besprochen.

Der Nicaragua Koordinationskreis – oder Ko-Kreis, wie er oft genannt wird – entstand bereits im Jahre 1988. Er sollte von Anbeginn an dem Austausch von Informationen und Erfahrungen der in Hamburg zu Nicaragua arbeitenden Gruppen und Institutionen dienen und gemeinsame Aktivitäten koordinieren.

Er wurde maßgeblich mit von Jürgen Gotthardt aufgebaut, der damals noch der Honorar Generalkonsul von Nicaragua in Hamburg und ebenfalls der Leiter der WEM (Wirtschaftsstelle Evangelischer Missionsgesellschaften) war. Er hat durch seine Initiative entscheidend dazu beigetragen, dass der Ko-Kreis zu einem zentralen Bindeglied zwischen den nicht-staatlichen und den staatlichen Aktivitäten in Hamburg und gleichzeitig auch denen zwischen Hamburg und León geworden ist.

Im Hintergrund stand ihm Ulrike Hanemann zur Seite, die in dieser

Zeit nicht nur unzählige Briefe und Dokumente übersetzt hat, sondern durch ihre langjährige Arbeitserfahrung in León auch immer als politische Beraterin wichtig war.

Mit den neuen Sprechern verjüngt sich die Außenvertretung des Ko-Kreises nicht nur erheblich, sondern mit ihm sind auch einige strukturelle Veränderungen verbunden: Statt einer Person an der Spitze gibt es jetzt ein Dreier-Team; die Sitzungsleitung soll rotieren; der Sitzungsbeginn wurde auf Wunsch vieler Berufstätiger nach hinten verlegt; u.a.m.

Das Sekretariat des Ko-Kreises wird jetzt mit Jule Eplinius besetzt, die mehrfach mit dem Jugendaustausch in León war. Eine genaue Arbeitsaufteilung zwischen Sprecherteam und Sekretariat muss zwischen diesen noch festgelegt werden.

In einer Zeit, in der das Hauptaugenmerk der Weltpolitik weder auf Nicaragua noch Mittelamerika, ja noch nicht einmal auf Lateinamerika liegt, und in der es kaum Anzeichen dafür gibt, dass den negativen Auswirkungen von Neoliberalismus und Globalisierung in den armen Ländern dieser Welt Einhalt geboten werden kann, ist es sicherlich nicht leicht, dem Nicaragua Koordinationskreis eine neue Dynamik zu geben. Auch das Problem von inneren Auseinandersetzungen und persönlichen Ambitionen in dieser Arbeit erleichtert nicht gerade diese Aufgabe.

Andererseits stehen die Verbindungen zwischen Hamburg und León auf einem guten Fundament über viele Jahre gewachsener Solidarität, einer Reihe von konkreten Hilfsprojekten, vielen persönlichen Freundschaften, einer engen Kommunikation über den Atlantik hinweg, erprobter Arbeitsstrukturen und schließlich auch einer immer noch großen Anzahl von engagierten Menschen auf beiden Seiten.

Dies ist sehr viel im Vergleich zu anderen Städtepartnerschaften Hamburgs und auch im Vergleich zu den Partnerschaften anderer deutscher Städte mit Nicaragua. Dieses Kapital in schwierigen Zeiten beisammen zu halten und möglichst sogar noch zu stärken, ist die große Herausforderung, vor der das neue Sprecherteam steht.

Der Nicaragua Verein Hamburg bedankt sich bei Jürgen Gotthardt und bei Ulrike Hanemann für ihren außergewöhnlichen Einsatz und wünscht dem neuen Team Dirk Flegel, Heidrun Hermann und Renate Kuhlmann-Wetter, wie auch der nun für das Sekretariat zuständigen Jule Eplinius, eine glückliche Hand und viel Erfolg bei ihrer Arbeit!

Matthias Schindler

Streichungen in der Hamburger Entwicklungspolitik

Änderungen in der Förderpraxis der Hamburger Entwicklungshilfe haben zu einem heftigen Protest des 'Entwicklungspolitischen Beirats' und in dessen Folge zu einem bemerkenswerten Presseecho in Hamburg geführt.* Der Senat will Projekte unter 1.000 € nicht mehr fördern und die "institutionelle Förderung" im Bereich Entwicklungspolitik grundsätzlich streichen. Wir haben die Geschäftsführerinnen der beiden Organisationen gesprochen, die durch die Streichungen besonders betroffen sind.

* vgl. Hamburger Abendblatt vom 1. und 3. Juli; taz vom 25. Juli

Das Eine Welt Netzwerk Hamburg e. V. (EWNW) koordiniert die Zusammenarbeit von über 70 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Hamburg, die im Bereich 'Nord-Süd' tätig sind. Es bietet ihren Mitgliedern (auch dem Nicaragua Verein) vielfältige Unterstützung in ihrer Arbeit an, vertritt sie in überregionalen Organisationen und Verbänden und macht Lobbyarbeit für das Thema Entwicklungspolitik: bei Politik, Wirtschaft, Behörden und Verbänden.

Anke Butscher zur Situation des Eine Welt Netzwerk Hamburg:

Der Etat der Senatskanzlei für Internationales beträgt 600.000 €. Davon wurden zwei Organisationen **institutionell** gefördert, die Weltweite Partnerschaft (WWP) und das Eine Welt Netzwerk (EWNW). Das EWNW erhielt aus diesem Topf pro Jahr 61.355 €. Das Geld war vorgesehen für die Führung einer Geschäftsstelle mit Geschäftsführerin, für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Haltung des Büros, kurz für die strukturelle Förderung. Aus der Finanzbehörde kam die neue Vorgabe, dass alle institutionellen Förderungen überprüft werden sollen. Von dieser Überprüfung ist jede Behörde betroffen, auch die Senatskanzlei. Die Fachbehörde wurde mit der Umsetzung beauftragt. Nach der Überprüfung hat Staatsrat Stuth bekannt gegeben,

dass es im Bereich für Entwicklungshilfe keine institutionelle Förderung mehr geben wird.

Jeder Fachbehörde ist selbst überlassen, wie die Vorgabe der Finanzbehörde umgesetzt wird. Ich habe mich bei unterschiedlichen Organisationen erkundigt, die institutionell gefördert werden. Außerhalb des Referats Entwicklungspolitik durchlaufen sie diese Form der Kürzung



Anke Butscher, Geschäftsführerin vom Eine Welt Netzwerk

gen nicht, das ist also eine politische Vorgabe und nicht, wie es uns erst vermittelt worden ist, eine Vorgabe der Finanzbehörde. Ich habe zum Beispiel mit dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) gesprochen, und da wird die institutionelle Förderung wahrscheinlich um 10% gesenkt.

Wir haben Gespräche geführt mit Staatsrat Stuth und einigen Abteilungsleitern der Senatskanzlei, und deren Aussage war, dass sie nicht die grundsätzliche Streichung der Förderung des Netzwerkes wollen, sondern nur die Streichung der institutionellen Förderung. Ihrer Meinung nach ist die institutionelle Förderung ein 'vergifteter' Begriff, der bei Haushaltskürzungen schnell betroffen ist. Gleichzeitig ist es aber

auch eine politische Vorgabe, indem sie sagen, wir wollen eigentlich mehr Geld in Projekte geben, denn in Projekten kann mehr umgesetzt werden.

Internationales beinhaltet auch Osteuropa und so sollen aus dem Topf von 600.000 € 100.000 € in den Bereich Osteuropa fließen, was vorher nicht der Fall war. Diese Tendenz ist ein Rückschritt in die Diskussion der 80er Jahre. Wenn man jetzt das Geld in kleine Projekte in Rußland steckt, dann diskutiert man nicht mehr internationale Strukturpolitik. Ich finde, Entwicklungspolitik heißt auch Bewußtseins- und Vernetzungsarbeit, (um die strukturellen Entwicklungshemmnisse nicht aus den Augen zu verlieren). Es verkauft sich natürlich besser, wenn eine Stadt wie Hamburg Geld in eine Schule in Rußland steckt und nicht in eine Stelle in der Vernetzungsstruktur in Hamburg. Und zum anderen, das ist aber jetzt meine Unterstellung, finde ich, hat das ganz viel mit Wirtschaftsförderung zu tun, also damit, den osteuropäischen Raum zu fördern und attraktiv zu machen für Hamburger Unternehmen.

Wie werdet ihr jetzt die Geschäftsstelle mit ihren Strukturen finanzieren können?

Es sollen keine Strukturen mehr gefördert werden, sondern eher Programmmittel. Das erste Angebot, das uns die Verwaltung gemacht hat, beinhaltet eine zweigliedrige Förderung. Diese Förderung sieht vor, dass wir beratende Tätigkeiten und Vernetzungsarbeit leisten und dafür dann eine Stundenpauschale berechnen, z.B. 50 €. Das wird dann aufs Jahr gerechnet und die so entstehende Summe beantragt. Diese Beratungspauschale würde dann auch die Miete, das Telefon und die beratende Stelle berücksichtigen.

Das zweite Angebot sieht vor, dass wir weiterhin Projekte übers Jahr durchführen, die Kosten hochrechnen und die daraus entstehenden Overheadkosten (Planungs- und Betriebskosten) beantragen. Die Beratungsleistung kann man jetzt

beantragen, die Projektmittel eigentlich einzeln übers Jahr verteilt. Das Problem dabei ist, dass wir mit festem Personal rechnen müssen und die muß du ja irgendwie bezahlen. Also wollen wir einen Globalantrag mit beidem machen. Der würde zusätzlich zu der Beratungspauschale vier Projekte beinhalten, die wir dann auch mit einem bestimmten Volumen umsetzen. Dafür wollen wir die Overheadkosten. Bei der einzelnen Beantragung der Projektmittel wäre eine Festanstellung nicht möglich.

Welche Auswirkungen werden die Kürzungen auf eure Arbeitssituation haben?

Wir verhandeln noch, wie hoch man bei einer Beratungspauschale geht und was eigentlich eine Service- und Beratungsleistung ist. Von Seiten der Senatskanzlei ist noch nicht klar, wie hoch die Mittel sein werden, die dann fließen. Ich denke aber, dass man maximal eine halbe Stelle und 15 Stunden für Öffentlichkeitsarbeit und das Büro finanzieren kann. Inhaltlich wollen wir mit den Projekten weitermachen wie bisher. Nur, diese ganzen Konzepte laufen über Personen, die hier tätig sind. Wenn die nicht da sind, fehlen die Kapazitäten für die Umsetzung.

Letztes Jahr hatten wir einen Jahresetat von insgesamt 200.000 € zur Verfügung. Darin waren etwa 5.000 € aus Mitgliederbeiträgen enthalten.

Befürchtet ihr Änderungen in eurer politischen Arbeit, zum Beispiel durch Antragsbewilligung nach Gefälligkeit?

Darauf habe ich Herrn Stuth direkt angesprochen. Sobald man Projekte beantragen muß, ist man natürlich auch abhängig von politischen Rahmenbedingungen. Ich habe gesagt, dass ich da Möglichkeiten der politischen und thematischen Einflußnahme sehe. Das hat Herr Stuth sehr stark zurückgewiesen. Er möchte weiter, dass wir als NGOs unabhängige Arbeit leisten. Er kann sich vorstellen, ein gemeinsames Projekt, zum Beispiel einen Tag der Entwicklungspolitik, zu planen. Er möchte keinen entwicklungspolitischen Einfluß nehmen.

Solche Einflußnahme würden wir auch auf keinen Fall zulassen.

Wie werdet ihr weiter vorgehen?

Wir halten an der wirklichen Vergabe der institutionellen Förderung fest, verhandeln aber gleichzeitig das Angebot, dass die Berechnung der Beratungspauschale beinhalten. Wir haben Lobbygespräche mit GAL und SPD geführt, und die haben jeweils eine Anfrage in der Bürgerschaft gestartet, außerdem haben wir mit CDU-Abgeordneten geredet, und dann die Problematik über den entwicklungspolitischen Beirat laufen lassen. Wir haben ganz viele Aktionen dazu gemacht, um zu zeigen, dass das nicht so geht. Wir haben noch ein paar Leute aus der CDU gewonnen, sowohl Bundestags- als auch Bürgerschaftsabgeordnete, die gesagt haben, dass es ja nicht sein kann, dass man so einen Bereich streicht. Die Kirchen, sowohl die Presseleute der Frau Jepsen als auch vom Erzbischof haben sich in einem Brief und in Gesprächen ganz deutlich dagegen verwehrt. Dann haben ganz viele Organisationen außerhalb des entwicklungspolitischen Spektrums darauf reagiert.

Im September soll im Haushaltsausschuß über die Abschaffung der institutionellen Förderung entschieden werden. Habt ihr denn noch Hoffnung, dass sich im Haushaltsausschuß etwas ändert?

Wir haben da noch Hoffnung. Bei der Anfrage der SPD war die Überlegung, dass das im Europaausschuß verhandelt werden kann und es dann zur öffentlichen Anhörung kommt. Außerdem versucht die SPD jetzt, unterschiedliche Träger und Organisationen zu einem großen Treffen zusammen zu bringen, um nicht alleine zu stehen und um zu gucken, wie man weiter vorgeht. Es trifft ja viele, nicht nur unseren Bereich. Das war auch mir ein starkes Anliegen, weil ich es immer gruselig finde, wenn man allein kämpft. Nachdem uns die Einstellung der institutionellen Förderung im Mai mitgeteilt worden ist, war ich schockiert. Aber ich glaube, dass wir gute Arbeit dazu geleistet haben und soweit die Verwaltung Möglichkeiten hat, sind uns alle Spielräume angeboten worden.

Wir fordern immer noch den Erhalt der institutionellen Förderung, aber ich glaube nicht, dass sie weiter geht. Dennoch bin ich ganz zuversichtlich.



*Renate Kuhlmann-Wetter,
Geschäftsführerin der
Weltweiten Partnerschaft*

*Das zentrale Tätigkeitsfeld der 1962 gegründeten **Weltweiten Partnerschaft (WWP)** liegt in der Ausbildungsförderung junger Menschen aus den Ländern der 'dritten Welt'.*

Renate Kuhlmann-Wetter zur Situation der WWP:

Auch die WWP ist von den Kürzungen im Referat Entwicklungspolitik betroffen. Die institutionelle Förderung, mit der Verwaltungs- und Personalkosten gedeckt wurden, fällt auch hier ganz weg. Seit der Währungsumstellung von DM auf Euro sind die Spendengelder enorm zurückgegangen, so Frau Kuhlmann-Wetter, und ohne eine Förderung wird es schwierig, die Arbeit wie bisher fortzusetzen.

Der WWP wurde angeboten, eine Beratungspauschale über ein Jahr hin zu berechnen und dann zu beantragen. Die Betreuung von ausländischen Stipendiaten oder Gruppen zum Beispiel müsste jedoch anders finanziert werden. Um welche Beträge es sich dabei handeln wird steht aber noch nicht fest. Bisher hatte die WWP immer Verwaltungskosten von 4% berechnet, jetzt wird das nicht mehr reichen. Alles deutet darauf hin, dass von Seiten des Senats mehr Wert

gelegt wird auf die wirtschaftliche Verknüpfung mit Hamburg. So sollen Auszubildende bevorzugt aus den Bereichen kommen, in denen Hamburg etwas anzubieten hat. Dabei ist geplant, diese Ausbildungen mit Projekten zu koppeln.

Bisher konnte die WWP selbst bestimmen, für welche Auszubildenden sie Unterstützung beantragt, jetzt sollen die Projekte vom Senat stammen. InWEnt*, eine Organisation mit Sitz in Köln und Büros in den Bundesländern, soll nach dem Willen der Senatskanzlei in Zukunft auch in Hamburg mehr Inlandsarbeit und Ausbildung von ausländischen Stipendiaten betreiben und damit einen Teil der Arbeit

der WWP übernehmen. Die laufenden Projekte der WWP sind dadurch nicht bedroht. Für 2003 werden alle Projekte weitergeführt werden. Für die Finanzierung der Projekte im nächsten Jahr müssen jedoch Verhandlungen geführt werden. Das einzige, was wirklich feststeht, ist das Wegfallen der institutionellen Förderung ab Januar 2004.

Durch die bisherigen Einschnitte in die Finanzen der WWP muß schon jetzt ein großer Teil der Arbeit von Praktikanten geleistet werden, aber auch da wird es laut Frau Kuhlmann-Wetter „...massive Einschnitte geben, wenn keine Lösung gefunden wird.“

Zusammenfassend kann man wohl sagen, dass die WWP durch die Kürzungen starke Beeinträchtigungen ihrer Arbeit und damit der Hamburger Entwicklungspolitik befürchtet.

* Die InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gemeinnützige GmbH ist eine Organisation für internationale Personalentwicklung, Weiterbildung und Dialog. Sie ist hervorgegangen aus Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung (DSE)

*Katrin Jaschinski und
Detlef de Cuveland*

Rest-Cents für Las Tías !

Seit Jahren spenden viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Hamburg einen kleinen Betrag für die Menschen in ihrer Partnerstadt León. In diesem Jahr profitierte auch das Projekt LAS TIAS von den Spenden der Beamten und Angestellten.

An der 1996 ins Leben gerufenen Aktion (zunächst „Rest-Pfennig-Aktion“) beteiligen sich mittlerweile fast 23.000 aktive und ehemalige Beschäftigte der Stadt Hamburg. Sie spenden regelmäßig die Cents hinter dem Komma ihres Nettogehalts zur Unterstützung von Projekten in León. Jeden Monat kommt auf diese Weise eine erhebliche Summe zusammen. Mit der Währungsumstellung von DM auf Euro verdoppelte sich das Spendenaufkommen nahezu: Heute stehen monatlich ca. 12.000 € zur Verfügung.

Seit Beginn der Aktion wurden mehr als 500.000 € zur Verbesserung der Lebensbedingungen in León eingesetzt. Ganz überwiegend wurden die Gelder für Umwelthygiene und Gesundheitsvorsorge verwendet. Unter tatkräftiger Mithilfe der Bevölkerung sind ganze Stadtteile an die Trinkwasserversorgung und vor allem an die Abwasserentsorgung angeschlossen worden, um das Auftreten von Malaria, Denguefieber und anderen Krankheiten einzudämmen.

Im Jahr 2003 werden zum ersten Mal auch zwei soziale Projekte – darunter LAS TIAS – gefördert. Mithilfe der Spenden wird den 100 im Projekt betreuten 6- bis 14jährigen Kindern täglich ein Mittagessen angeboten, um der Mangel- und Unterernährung vieler Kinder entgegenzuwirken und gleichzeitig deren Bindung an das pädagogische Programm des Projektes zu stärken. Darüber hinaus wurde das Projekt mithilfe der Rest-Cents in die Lage versetzt, Erziehungskräfte zur Betreuung der Kinder tagsüber

und teilweise auch nachts zu beschäftigen.

Für LAS TIAS ist dies ein schöner Erfolg! Zusammen mit der Absicherung des pädagogischen Programms im Rahmen der Zwei-Jahres-Vereinbarung Hamburg – León 2003/2004 verschaffen die Rest-Cents den Projektmitarbeiterinnen eine (kurze) Ruhepause bei ihren Bemühungen, das Projekt aufrechtzuerhalten und das Programm in ihrem Sinne weiter auszubauen.

Ulla Meyer-Rumke



Zelle statt Hausarrest

Richterin Juana Méndez hat am 8.8.03 in einem Urteil, das von niemanden erwartet wurde, den bequemen Hausarrest des Ex-Präsidenten Nicaraguas, Arnoldo Alemán, beendet. Er und weitere 40 Personen sind angeklagt, mindestens 100 Mio. US\$ durch Geldwäsche dem Staat entzogen zu haben.

Seit 8 Monaten saß Alemán im Hausarrest auf seiner Finca „El Chile“. Am 11.08.03 wurde er unter Polizeibegleitung von seiner Finca in ein reguläres Gefängnis in Managua gebracht. Als Gründe für diese Maßnahme gab die Richterin die hohen Kosten für die Bewachung an (1.000 US \$ täglich) und die Gewährleistung einer besseren medizinischen Versorgung in der Hauptstadt. Mit dieser überraschenden Wende hatte niemand gerechnet. Viele sind davon ausgegangen, dass der Hausarrest verlängert wird. Nun „wohnt“ Alemán in der Zelle, in die er vor fast drei Jahren den früheren Obersten Rechnungsprüfer Augustín Jarquín gesteckt hatte wegen dessen Kreuzzug gegen die korrupte Regierung.

Dass Alemán am Montag ins Gefängnis gebracht wurde, ist um so erstaunlicher, da der Zentralamerikanische Gerichtshof erst am nächsten Tag darüber entscheiden sollte, ob Alemán als Mitglied des Zentralamerikanischen Parlamentes durch Immunität geschützt sei.

Der Zentralamerikanische Gerichtshof erklärte am 12.8.03, dass mit der Aufhebung seiner Immunität im Nationalparlament Anfang 2003 diese auch im Zentralamerikanischen Parlament erloschen sei. Alemán ist der erste Ex-Präsident,

der im Gefängnis sitzt - wegen Korruption.

Nach der Überführung Alemáns in das Gefängnis kam es zu zahlreichen Protesten. Die Führungsspitze der Partei Alemáns, PLC (Partido Liberal Constitucionalista), forderte ihre Basis auf, gegen die Verlegung zu protestieren. Bei diesen Protesten wurden in einigen Hauptstraßen der Verkehr mit brennenden Autoreifen stundenlang blockiert.



Arnoldo Alemán hat nicht mehr viel zu lachen

Am 14.8.03 wurde Alemán von verschiedenen Ärzten auf Antrag seines Anwalts untersucht. (Das Ergebnis dieser Untersuchungen war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.) Richterin Juana Méndez erklärte, dass die Ärzte ein Gutachten erstellen und Empfehlungen aussprechen können, aber das Gericht wird entscheiden, was mit Alemán passiert.

Sollten die Gutachten ergeben, dass Alemán ernsthaft erkrankt ist, bestimmt Artikel 285 (Geldwäsche), dass er in ein Krankenhaus eingeliefert wird und nach seiner Genesung wieder ins Gefängnis kommt und nicht aus der Haft entlassen werden kann.

Auch in den USA wird Arnoldo Alemán wegen Geldwäsche angeklagt. Sollte der Gerichtshof in Miami ein Auslieferungsgesuch stellen, könne dem nicht stattgegeben werden, da die Verfassung eine Auslieferung nicht erlaube, erklärte Präsident Bolaños.

Während Alemán nun in seiner Gefängniszelle sitzt, wurde damit begonnen, seine Besitztümer zu beschlagnahmen. Als erstes wurde der Landbesitz „El Chinampa“ (geschätzter Wert 4 Mio. US\$) beschlagnahmt. Auch für den Hauptsitz der Familie und den Ort seines Hausarrestes „El Chile“ gibt es eine Anordnung. Die weiteren mehr als 50 Besitztümer sollen bis Ende des Jahres vollständig unter die Aufsicht des Staates gestellt werden, um die immensen hinterzogenen Summen auszugleichen. Allerdings muss mit einem Verkauf der Besitztümer gewartet werden, bis die Anklagen bewiesen sind.

Inzwischen hat es die erste Verurteilung eines Angeklagten gegeben. Byron Jerez, ehemaliger Steuerexperte unter Alemán, wurde im Juni 2003 zu acht Jahren Haft verurteilt wegen betrügerischen Diebstahls von 5.000.000 US\$. Eine spätere Verlängerung der Haftzeit ist nicht ausgeschlossen, da noch weitere Klagen gegen ihn geführt werden.

Patricia Eggers

Erneuter Marsch der Kaffee-ArbeiterInnen nach Managua

Im letzten Herbst marschierten mehrere tausend Kaffee-ArbeiterInnen nach Managua, um auf ihre katastrophale Situation aufmerksam zu machen. Durch die Krise auf dem Kaffeemarkt hatten viele Kaffeepflücker ihre Arbeitsstelle verloren bzw. keine Löhne mehr

erhalten, einige waren sogar verhungert. (Wir berichteten in der Oktoberausgabe 2002 der Nicaragua Zeitung.) Viele kehrten nach Hause zurück, nachdem ihnen Arbeit, Saatgut und Land versprochen worden war. Jetzt marschierten erneut mehrere

tausend Kaffee-ArbeiterInnen von Matagalpa nach Managua, weil die Regierung ihre Versprechungen nicht eingehalten hat. Dieser einige hundert Meilen lange Marsch war für die sehr geschwächten Menschen eine Strapaze und das nicaraguanische

Menschenrechtszentrum CENIDH gab bekannt, dass bereits 14 Menschen gestorben sind und weitere völlig entkräftet in Krankenhäuser eingeliefert wurden.

In Managua angekommen, verhandelten sie erneut mit der Regierung. Es wurde vereinbart, dass die LandarbeiterInnen jetzt die Möglichkeit erhalten, 14 Fincas von der Regierung zu kaufen, die sie besetzt haben. Der Preis der Fincas soll 40 % ihres Wertes betragen und

über einen Zeitraum von 25 Jahren abbezahlt werden. Zeitweise sollen sie auch Arbeit, Lebensmittelpakete und andere Unterstützung für ihre Arbeit auf dem Land erhalten. Vertreter der Landarbeiter erklärten, dass die neue Vereinbarung die Regierung nicht viel kosten würde, da das Land gekauft sei, die Nahrungsmittelhilfe aus dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen bezahlt sei und das Geld für die zusätzliche Unter-

stützung von Internationalen Organisationen kommen werde. Die Vereinbarung des letzten Jahres sei nur an der mangelnden Bereitschaft, sie umzusetzen, gescheitert.

Bleibt zu hoffen, dass diesmal die Regierung bereit ist, ihre Versprechungen einzuhalten, denn ein Ende der Krise auf dem Weltkaffee-markt ist nicht in Sicht.

Patricia Eggers

Die Bekämpfung der Zysticerkose* in Nicaragua geht weiter:

Das Schwein ist nicht der Hauptschuldige

Seit Jahren werden Untersuchungen zur Zysticerkose an der UNAN (Universidad Nacional Autónoma de Nicaragua) in León durchgeführt. Hauptsächlich beteiligt sind die Fachbereiche der Mikrobiologie/Parasitologie des Campus Medico (Humanmedizin) und die Veterinärmedizin. Das Gesundheits- und das Agrarministerium (monatliche Daten) geben Auskunft über die Häufigkeit und das Vorkommen der Zysticerkose.

Die Ergebnisse der Untersuchungen unterstreichen die Notwendigkeit, ein breit angelegtes Interventionsprogramm zu entwickeln, welches an verschiedenen Punkten des parasitären Kreislaufs ansetzt und in Zusammenarbeit mehrerer Institutionen und Organisationen geplant und realisiert wird. Wichtig sind eine gute Diagnostik und vor allem die Präventivmaßnahmen. Die Diagnose durch Blutuntersuchungen ist am Campus Medico gewährleistet und auch nicht sehr kostspielig. Jedoch ist oftmals eine computertomographische Zusatzuntersuchung notwendig, um den Sitz der Zysten im Gehirn zu bestätigen und zu lokalisieren. Das ist sehr teuer (300\$) und nur in Managua möglich. Die UNAN-León ist seit Jahren bemüht, einen Computertomographen zu bekommen und ihn für diagnostische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Zu den Präventivmaßnahmen gehören unter anderem: Verbesserung der Kenntnisse des parasitären Zyklus, bessere Nutzung der bereits existierenden Sanitäreinrichtungen und Bau feh-

lender Latrinen, hygienischere Schweinezucht und Überwachung der Hausschlachtungen.

Wie bereits in der „Nicaragua Zeitung“ September 2000 berichtet, sind Schulungen der Bevölkerung zur Verbesserung der Kenntnisse über den Parasiten und dessen Lebenszyklus grundlegende Maßnahmen zur Prävention. Das Wissen um den Übertragungsmodus ist äußerst mangelhaft. Und nicht nur die Landbevölkerung ist von dieser Unwissenheit betroffen. In der jetzigen Studie wird auch eine Umfrage in der Universität durchgeführt; die zu erwartenden Ergebnisse liegen bei bis zu 90 % Nichtwissen oder zumindest Fehleinschätzungen.

Tagespresse trägt zur Verwirrung bei

In 3 Zeitungsberichten, die allein in diesem Jahr in der „Prensa“ über die Zysticerkose erschienen sind, häufen sich die Fehler. Es handelt sich dabei um Falschaussagen, die den Übertragungsmodus dieser parasitären Erkrankung betreffen. So wird ständig behauptet, dass die Zysten im Gehirn des Menschen daher kommen, dass der Mensch Schweinefleisch mit Zysten isst. Dass sich die Zysten aus den Eiern des Bandwurms entwickeln, den der Mensch und nur der Mensch im Darm hat, ist fast völlig unbekannt. Zur Zeit laufen wieder neue Schulungsprogramme in den Gemeinden und Städten in der Umgebung Leóns, an denen StudentInnen der UNAN-León beteiligt sind. Nach der letzten Schulungs-

kampagne Ende 2001 ergaben die Ergebnisse bei der Überprüfung der gewonnenen Kenntnisse eine Steigerung des Wissens um 75 %. Das motiviert, weiter zu machen.

Schulungsgespräche in Kleingruppen, Informationsmaterial in Form von Flyern, Faltschultern und Wandbildern in den Gesundheitszentren dienen zur Aufklärung. Ein angestrebtes Projekt ist die visuelle Aufklärung in Form eines Werbespots im Fernsehen. Zunächst einmal im Lokalteil von León (Canal 21), bei Erfolg lässt sich über eine größere Verbreitung reden. Nach dem Motto „Schwein gehabt – keine Zysten“ sollen den ZuschauerInnen auf kommunikative Art die Kenntnisse über Zysticerkose näher gebracht und in der Zukunft das Auftreten der Krankheit vermindert werden.

Die Untersuchungen und das Herstellen des Informationsmaterials kosten Geld, welches nicht immer verfügbar ist. Daher möchte ich mich an dieser Stelle für die Unterstützung bedanken, die wir vom Nicaragua Verein Hamburg und dem Interuniversitas e.V. zur Realisierung der Präventivmaßnahmen bekommen haben.

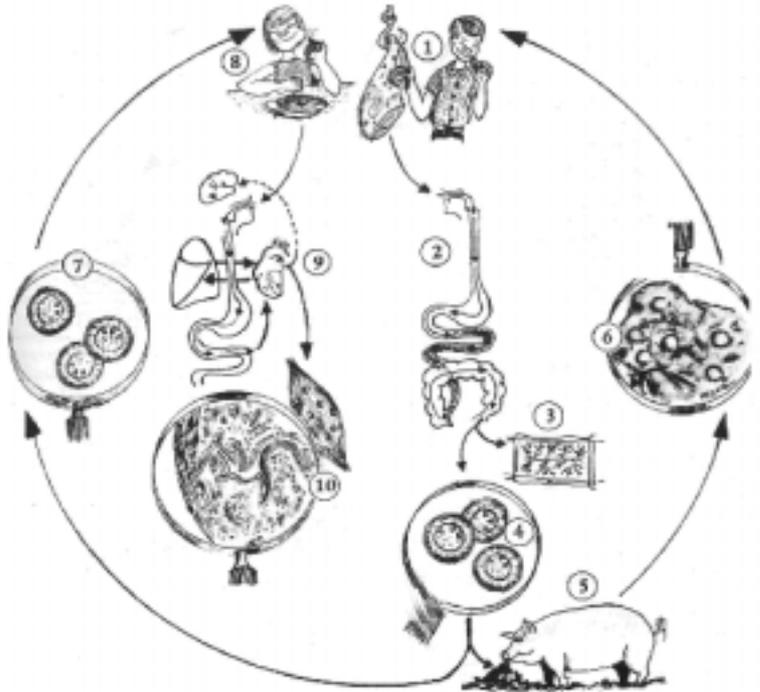
* Zysticerkose: parasitäre Erkrankung mit Wirtswechsel zwischen Mensch - Schwein

Christiane Düttmann,
Tierärztin der UNAN-León

Für eventuelle Nachfragen schreiben Sie an: <sallyseal@web.de>

Der Zyklus vom Schweinebandwurm

1. Der Mensch isst Schweinefleisch mit Zysten (Larven vom Schweinebandwurm)
2. In seinem Dünndarm entwickelt sich der Schweinebandwurm und hakt sich an der Darmwand fest (der ausgewachsene Parasit, der Endwirt allein ist der Mensch)
3. Nach mehreren Monaten haben sich Bandwurmglieder mit bis zu 60.000 Eiern entwickelt
4. Die Eier können mit bloßem Auge nicht gesehen werden
5. Das Schwein frisst die Exkremente mit Bandwurmgliedern und -eiern, die vom Menschen in die Natur ausgeschieden wurden
6. Im Muskelfleisch und einigen Organen des Schweins entwickeln sich Zysten (das Schwein als Zwischenwirt)
7. **Die Bandwurmeier, die vom Menschen ausgeschieden werden, infizieren durch fehlende Hygiene andere Menschen oder den Bandwurmträger selbst**
8. Zum Beispiel können die Eier ins Essen gelangen, wenn ein Bandwurmträger das Essen mit von Eiern verschmutzten Händen zubereitet
9. Die Eier entwickeln sich im Darm zu Zysten und gelangen über die Blutbahn zu verschiedenen Organen, unter anderem ins Gehirn
10. Die Zysten können mit verschiedenen diagnostischen Methoden nachgewiesen werden



Der 18. Container hat seine Hürden überwunden

Zum 18. Mal seit 1983 wurde ein Container mit Schulmaterialien von den Hamburger Partnerschulen gepackt und Ende Juni nach León verschifft. Bernarda Lopez hat an den verschiedenen Packterminen teilgenommen und hat miterlebt, wieviel Arbeit von Lehrern und Schülern an 'praktischer Solidarität' geleistet wird. Sie war tief beeindruckt, dass diese viele Arbeit nun schon seit 20 Jahren immer wieder gemacht wird.



In León angekommen!

Inzwischen ist der Container in León angekommen, die Zollformalitäten sind so gut wie überwunden und in den nächsten Tagen wird er mit einem öffentlichen Fest auf dem zentralen Platz vor der Kathedrale übergeben werden. Dieser bunte und lebendige Festakt unterstreicht immer wieder die Wichtigkeit des Containers für die Leóner. Durch unsere Spenden erhält an vielen Schulen jedes Kind wenigstens das wichtigste Material wie Stifte, Hefte oder Papier. Materialien, die vor allem auf dem Lande nicht selbstverständlich sind und für manche Kinder bedeuten, dass sie überhaupt zur Schule gehen können. Auch den Lehrkräften wird dadurch die Arbeit ein wenig erleichtert. Aber neben der materiellen Hilfe ist noch ganz wichtig die politi-

sche Wirkung dieser Solidaritätsaktion: Der Container und die Schulpartnerschaften sind für die Lehrer-gewerkschaft ANDEN der wichtigste Weg, die Kommunikation zwischen der Gewerkschaft und der Lehrerschaft von León zu eröffnen und aufrecht zu erhalten, besonders wichtig in schwierigen Zeiten wie gerade jetzt.

Um so unerfreulicher ist, dass der Organisation und Abwicklung des Containers durch die nicaraguansische Regierung immer mehr Hindernisse in den Weg gestellt werden. In diesem Jahr hat die Senatskanzlei spontan geholfen, neu erhobene Zollbearbeitungsgebühren auszugleichen. Vielen Dank!

Die Kosten und die bürokratischen Hürden wachsen jedoch in einem Maß, dass jetzt erneut diskutiert werden muß, ob diese Aktion nicht auf andere Art kostengünstiger realisiert werden kann, ohne dass die vielen positiven Aspekte dieser Partnerschaft verloren gehen – in León wie in Hamburg.

Gerda Palmer

Konzertlesung mit Gioconda Belli:

Nach ihren Romanen "Bewohnte Frau", "Tochter des Vulkans" und "Waslala" hat **Gioconda Belli** im August dieses Jahres den **Gedichtband "Ich bin Sehnsucht, verkleidet als Frau"** herausgebracht. Aus Anlass der deutschen Veröffentlichung geht sie mit **Grupo Sal** auf Lesereise.

Ihre Gedichte spiegeln die Empfindungen ihrer weiblichen Gegenwart: Lust und Schmerz, verbunden mit Rebellion und der Gier nach Leben.

Die 6 Musiker der Grupo Sal werden Gioconda Bellis Gedichtvortrag - darunter auch einige ihrer früheren Gedichte - mit kraftvollen Liedern kontrapunktieren und ein-

fühlsam musikalisch untermalen. Übersetzen wird Viola Gabor.

Gioconda Belli & Grupo Sal: Ich bin Sehnsucht, verkleidet als Frau

Dienstag, 21. Oktober 2003
Beginn: 19.30 Uhr; Einlass: 19.00 Uhr
Kulturkirche Altona
Max-Brauer-Allee 199

Diese Konzertlesung ist eine Kooperationsveranstaltung von Eine Welt Netzwerk Hamburg, Nicaragua Verein Hamburg, Nicaragua Koordinierungskreis, NMZ, Weltladen in der Osterstraße, Buchladen in der Osterstraße und der Mittelamerikagruppe der GEW



Zwei Mitarbeiterinnen aus dem Tías-Projekt zu Besuch in Hamburg



Vom 30.8.03 bis zum 2.10.03 werden **Candida Méndez** und **Corina Alvarez**, von "Las Tías" in Hamburg sein. Der Nicaragua Verein Hamburg e.V. hat eine Fülle von Aktivitäten in diesem fünfwöchigen Aufenthalt organisiert: Neben der Teilnahme an der '2. Hamburger Konferenz für nachhaltige Entwicklung' am 1.9. im Rathaus werden sie Hamburger Straßenkinderprojekte besuchen, sich am 21.9. am 'Fest für Kinderrechte' in der Fabrik beteiligen und während der 'Woche des Fairen Handels' vom 21.-25.9 mit-helfen, den Stadtkaffee 'Hamburger Fairmaster' bekannter zu machen.



Hier möchten wir auf folgende Veranstaltungen hinweisen:

Donnerstag, den 4. September
19.30 Uhr in der Werkstatt 3,
Nernstweg 32
Kinder sind die Zukunft!

Candida Méndez und Corina Alvarez, Mitarbeiterinnen im Straßenkinderprojekt "Las Tías" in León, Nicaragua, werden die Situation der arbeitenden Straßenkinder schildern, ihr Projekt vorstellen und die Erfolge ihrer bisherigen Arbeit aufzeigen.

Dienstag, den 30. September,
10.00 – 12.00, Werkstatt 3,
Nernstweg 32
Straßenkinder in León

In dieser Vormittagsveranstaltung für SchülerInnen ab Kl. 10 werden die 2 Vertreterinnen von 'Las Tías' anhand von Dias die Situation der arbeitenden Kinder in León schildern und die Arbeit im Projekt vorstellen. In spanischer Sprache mit Übersetzung. **Anmeldung** erforderlich bis zum 23.9. bei: Werkstatt 3 Bildungswerk, Tel.: 390 33 65

Ausserdem wird es eine **Filmreihe im Kommunalen Kino Metropolis** zum Thema **Straßenkinder** geben. Eröffnung: Mittwoch, den 3.9. um 19.00 (Ein flyer zur Filmreihe liegt dieser Ausgabe der Zeitung bei)

Impressum:

Herausgeber:

Nicaragua Verein Hamburg e.V.
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel.: 040-394404; Fax: 040-3909370

e-mail:

nicaragua-verein@t-online.de

Homepage:

www.nicaragua-verein.de

Bankverbindung:

Postbank Hamburg
BLZ: 20010020
Kontonummer: 51137-205

Satz und Layout:

F1 GmbH, Hamburg

Druck: Confront Druck, Hamburg

Redaktion:

Katrin Jaschinski
Boris Lotze
Detlef de Cuveland (V.i.S.d.P.)
Patricia Eggers

Fotos:

Martha Borstelmann (S. 16),
Peter Borstelmann (S. 15,16)
Detlef de Cuveland
(S.02, 04, 06, 07, 10,11),
Gerda Palmer (S.01-04, 12),
Benito Rodriguez (S.05)

Auflage: 2.200

Diese und ältere Ausgaben sind auch auf unserer Homepage zu finden.

Gefördert vom Ausschuss für Kirchliche Weltdienste der Nordelbischen Kirche (AKWD) und durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung (NUE).